

Gewerkschaft der Polizei

top@ktuell

landesbezirk@gdpbayern.de

eMail-News 21/2003

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nachfolgend erhaltet ihr die Pressemeldung des DGB Bayern zu dem gestrigen Spitzengespräch gem. Art. 104 BayBG zur Information.

Pressemitteilung Nr. 14

München, 18. Februar 2003

Beamten dürfen bei der Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst nicht benachteiligt werden

In einem Spitzengespräch mit dem Bayerischen Staatsminister der Finanzen, Kurt Faltlhauser, forderten der Vorsitzende des DGB Bayern, Fritz Schösser, Michael Wendl (ver.di), Erwin Zacherl (GdP) und Gele Neubäcker (GEW) die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger. Gleichzeitig sprachen sich die Gewerkschaftsvertreter gegen Kürzungen und Streichungen bei der Beamtenbesoldung, den Sonderzuwendungen und dem Urlaubsgeld aus.

Da die Vertreter der Länder im Bundesrat sich offensichtlich derzeit nicht einigen können, forderte DGB-Chef Schösser den bayerischen Finanzminister auf, im Bundesrat alles daran zu setzen, um eine zügige und zufriedenstellende Lösung der Besoldungsanpassung zu erreichen. "Es kann nicht sein, dass die Beamtinnen und Beamten nur noch als Kostenfaktor betrachtet werden und ihre engagierte Arbeit für die Gesellschaft nicht anerkannt wird. Zu dieser Anerkennung gehört auch, dass sie angemessen bezahlt werden und in absehbarer Zeit wissen, wie die Übertragung des Tarifergebnisses gestaltet wird."

Darüber hinaus vereinbarten Gewerkschaftsvertreter und Faltlhauser ein weiteres Spitzengespräch, sobald im Bundesrat mehr Klarheit herrscht.